

## **A13 Polizeigewalt unabhängig aufklären**

Antragsteller\*in: AK Antifa, Jusos Ehrenfeld  
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Anträge

**Weiterleitung an:** Landeskonzferenz der NRW Jusos

### **Antragstext**

1 Unverhältnismäßige Gewalt auf Demonstrationen, Racial Profiling und  
2 Diskriminierung (Dazu gab es bereits im Januar 2022 auf der HP der NRW Jusos  
3 einen umfassenden Blogbeitrag zu Rassismus in der Polizei NRW) – ein Einzelfall“  
4 reiht sich nach dem nächsten ein, beinahe täglich tauchen Nachrichten zu  
5 Gewalttaten, fragwürdigen Chatverläufen und Diskriminierungsvorwürfen gegen die  
6 Polizei auf. Vor Gericht stehen Polizist\*innen dagegen sehr selten – Statistiken  
7 zeigen, dass z.B. 2020 nur 70 von insgesamt 4565 Ermittlungsverfahren vor  
8 Gericht landeten (ca. 1,5%!!), Angaben zu Verurteilungen gab es keine. Dabei  
9 handelt es sich hier nur um Straftaten, die zur Anzeige gebracht werden.  
10 Ausgehend von verschiedenen Faktoren ist zu vermuten, dass die Dunkelziffer der  
11 unverhältnismäßigen Gewalt deutlich höher ist (Gegenanzeigen, Unwissenheit über  
12 Rechtslage, fehlendes Vertrauen in Aufklärung, vor allem in marginalisierten  
13 Gruppen).

14 Die unzureichende Aufklärung und Verurteilung von Straftaten impliziert, dass es  
15 sich um ein strukturelles Problem handelt, hierarchische und institutionelle  
16 Beziehungen innerhalb der Polizei erschweren zusätzlich die Ermittlung. Das  
17 Fehlen von unabhängigen Untersuchungsmechanismen in Deutschland wird seit Jahren  
18 von internationalen Menschenrechtsausschüssen kritisiert (UN, Amnesty  
19 International).

20 **Wir fordern unabhängige Aufklärung von Polizeigewalt durch ein unabhängiges**  
21 **Gremium, mit keinerlei institutioneller und hierarchischer Beziehung zwischen**  
22 **Täter\*innen und Untersuchungskomitee. Außerdem soll mehr Transparenz geschaffen**  
23 **werden, wie viele Straftaten seitens der Polizei zur**  
24 **Anzeige/Gericht/Verurteilung gebracht werden, in vielen Bundesländern u.a. in**  
25 **NRW sind diese mangelhaft.**

### **Begründung**

Es ist ein Menschenrecht, dass Vorwürfe von Polizeigewalt unabhängig und umfassend aufgeklärt werden und entsprechend sanktioniert und bestraft. Für Betroffene und Angehörige soll es eine Anlaufstelle geben, gerade Personen, die von struktureller Diskriminierung betroffen sind sehen von einer Strafanzeige oftmals ab, da das Vertrauen in Aufklärung nicht gegeben ist. Tatsächlich wird nur ein Bruchteil angezeigter Straftaten gegen Polizist\*innen wegen Körperverletzung tatsächlich vor Gericht gebracht. Ein unabhängiges Gremium würde sicherstellen, dass das Vertrauen in Polizeibeamt\*innen bestehen bleibt und würde auch diejenigen schützen, die gute Arbeit leisten und sich im Amt rechtmäßig und gewissenhaft verhalten.

Quellen:

[Bürger\\*innen beobachten Polizei und Justiz - Blog](#)

[Gewalt durch und gegen Polizistinnen und Polizisten |Innere Sicherheit | bpb.de](#)

[Polizei im Visier](#)

[Ermittlungsverfahren gegen Polizisten bis 2020 | Statista](#)